

Palettentauschvereinbarungen im Stückgutverkehr

Von Dr. Roman Köper, Fachanwalt für Transport- und Speditionsrecht und Wirtschaftsmediator (CVM), Kanzlei Irschlinger Raff Pöschke, Mannheim

Im Bereich des Stückgutverkehrs dreht sich eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Frachtführer und dessen Auftraggeber um Paletten. Häufig findet sich in den entsprechenden Frachtverträgen die Formulierung „Palettentausch gilt als vereinbart“. Nach einer Entscheidung des OLG Frankfurt am Main vom 15.04.2003 (Aktenzeichen 21 U 72/02) ist dieser – recht kurzen – vertraglichen Vereinbarung zu entnehmen, dass ein sogenannter „Idealtausch“ als vereinbart gilt. Dies gibt Anlass, sich mit Palettentauschvereinbarungen im Stückgutverkehr näher zu befassen.

■ Das Grundproblem

Die überwiegende Zahl der Güter im Stückgutverkehr muss palettiert transportiert werden. Darauf, dass die verwendeten Paletten, welche ja nur Ladehilfsmittel sind, mit der Ware mitverkauft werden und eine Rückgabe daher ausscheidet, konnte man sich seinerzeit nicht einigen. Da die Paletten jedoch einen wirtschaftlichen Wert darstellen, kann und will kein Unternehmen auf deren Rückerhalt verzichten. Während bei festen Lieferbeziehungen oder festen Routen die Palettenrückführung ohne größeren Aufwand möglich ist, entsteht im Stückgutverkehr das Problem, dass die Palettenrückführung im Rahmen des jeweils aktuellen Transportes geschehen muss, da sonst zusätzliche Beförderungen notwendig würden.

■ Lösung: Idealtausch

Die Lösung ist der Idealtausch. Dabei liefert der Frachtführer an der Beladestelle so viele Leerpaletten an, wie er Warenpaletten übernimmt. An der Entladestelle übergibt er die Warenpaletten an den Empfänger und erhält von diesem die gleiche Anzahl an Leerpaletten zurück. Im Ergebnis hat jeder der drei Beteiligten damit nach Ausführung des Transportes die gleiche Anzahl an Paletten in Besitz wie zu dessen Beginn.

■ Palettentauschvereinbarung

Der vorgenannte Idealtausch bedeutet jedoch eine über den bloßen Transport (§ 407 Abs. 1 HGB) hinausgehende Verpflichtung des Frachtführers.

- Da sich die Pflichten der Parteien nur aus dem Gesetz oder aus einem Vertrag ergeben können und das Gesetz ebenso wie die Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen (ADSp) keine Pflicht zum Palettentausch vorsehen, muss eine Vereinbarung in dem konkreten Frachtvertrag enthalten

sein. Ein solcher Frachtvertrag kann sowohl mündlich als auch schriftlich geschlossen werden.

Nach der zitierten Entscheidung des OLG Frankfurt am Main ist es für die Vereinbarung eines Idealtausches jedoch nicht erforderlich, dass dessen gesamter Ablauf in den Frachtvertrag aufgenommen wird. Es soll vielmehr genügen, dass die Parteien von einem (durch den Frachtführer durchzuführenden) „Palettentausch“ sprechen bzw. diese Formulierung im schriftlichen Frachtvertrag enthalten ist. Dann habe der Frachtführer an der Beladestelle so viele Leerpaletten abzugeben, wie er Warenpaletten erhält und an der Entladestelle wiederum diese Anzahl als Leerpaletten vom Empfänger entgegenzunehmen. Er habe also mittels entsprechender Dienstleistungen für die Abwicklung der Tauschvorgänge bei der Beladung und Entladung zu sorgen. Das für diese (zusätzliche) Dienstleistung dem Frachtführer zustehende Entgelt sei in der Frachtvergütung enthalten.

■ Was passiert wenn dieser Idealtausch nicht funktioniert?

Sollte der Idealtausch einmal nicht funktionieren, so richten sich die Folgen danach, aus welchem Grund der Tausch scheiterte.

a) Frachtführer missachtet Palettentauschvereinbarung

Führt der Frachtführer keinen Palettentausch an Belade- und Entladestelle durch, hält er sich also nicht an die vertragliche Vereinbarung, so ist er wegen Verletzung vertraglicher Pflichten seinem Vertragspartner, dem Auftraggeber, zum Schadensersatz verpflichtet (§§ 280 ff. BGB). Er hat dann entweder die Paletten des Auftraggebers an der Entladestelle wieder abzuholen und an diesen zu liefern (sogenannte Naturalrestitution; § 249 Abs. 1 BGB) oder er hat für die dem Auftraggeber nunmehr fehlenden Paletten diesem

Wertersatz zu leisten (§ 251 Abs. 1 BGB). Ein solcher Wertersatz erfolgt jedoch als Nettobetrag, da derartige Schadensersatzansprüche nicht steuerbar im Sinne des § 1 UStG sind.

b) Frachtführer kann an der Beladestelle nicht tauschen

Nimmt der Absender an der Beladestelle die vom Frachtführer angebotenen Leerpaletten nicht entgegen, so gilt Folgendes: Ist der Absender der Vertragspartner des Frachtführers, so liegt unmittelbar eine Verletzung vertraglicher Pflichten aus dem Frachtvertrag durch den Absender vor. Sollte dem Frachtführer aus diesem Verhalten ein Schaden entstehen, so haftet der Absender hierfür (§§ 280 ff. BGB). Kann der Frachtführer wegen dem noch vollen Palettenfach an der Entladestelle nicht mehr vertragsgemäß vom Empfänger Leerpaletten annehmen, bspw. weil er dort oder später andere Ware aufnehmen muss und die Paletten daher auch nicht auf der Ladefläche transportieren kann, so geht dies trotz der darinliegenden Nichterfüllung der vertraglichen Tauschpflicht nicht zu Lasten des Frachtführers, denn zum einen handelt er nicht schuldhaft und zum anderen liegt ein überwiegendes Mitverschulden des Absenders vor.

Ist der Absender nicht der Vertragspartner des Frachtführers, weil – wie im Stückgutverkehr üblich – der Frachtführer durch einen Zwischenspediteur beauftragt wurde, so gilt das Gleiche. Denn nach dem zitierten Urteil des OLG Frankfurt am Main folgen aus der Vereinbarung eines „Palettentausches“ nicht nur Pflichten des Frachtführers, sondern auch Pflichten des Auftraggebers: Da der Frachtführer mit dem Empfänger (und bei Einschaltung eines Zwischenspediteurs auch mit dem Absender) nicht in vertraglicher Beziehung steht, hat er keinen Einfluss darauf, dass er den Tausch an der Entladestelle auch tatsächlich vornehmen kann. Daher trifft den Auftraggeber (Zwischenspediteur)

die Pflicht, mit dem Absender, zu dem er ja in vertraglicher Beziehung steht, eine vertragliche Abrede dergestalt zu treffen, dass der Absender auch tatsächlich die Leerpaletten annimmt.

Insgesamt dürfte es allerdings insoweit eher selten zu Problemen kommen, denn der Tausch an der Beladestelle liegt gerade auch im Interesse des Absenders, der für die weggegebenen Warenpaletten Leerpaletten erhalten will und der in aller Regel gerade auch den Zwischenspediteur vertraglich zu einem solchen Tausch verpflichtet hat.

c) Frachtführer erhält an der Entladestelle keine Paletten zurück

Weit häufiger ist hingegen die Situation, dass der Frachtführer an der Beladestelle zwar eigene Leerpaletten dem Absender übergeben hat, der Empfänger an der Entladestelle ihm aber (trotz einem entsprechenden Verlangen des Frachtführers) keine Leerpaletten aushändigt. Dann hat der Frachtführer keine rechtlichen Möglichkeiten diese Rückgabe einzufordern, denn er steht zum Empfänger nicht in vertraglicher Beziehung (§ 421 Abs. 2 und Abs. 3 HGB ändern hieran nichts, sondern geben dem Frachtführer für den Fall eines Ablieferverlangens des Empfängers nur bestimmte Rechte gegen diesen). Auch darf der Frachtführer nicht einfach die Ablieferung verweigern, denn sonst würde er den Transport gefährden, was er nach dem zitierten Urteil des OLG Frankfurt am Main in keinem Fall tun darf. Andererseits kann es auch nicht verbleiben, dass der Frachtführer abliefern muss, aber mangels Tauschbereitschaft des Empfängers keine Leerpaletten als Ersatz für die von ihm an der Beladestelle abgegebenen Leerpaletten erhält. Denn dann würde das Tauschrisiko allein beim Frachtführer liegen. Nach ständiger Rechtsprechung der Obergerichte ist hierzu ein Frachtführer jedoch zum einen ohne ein zusätzliches Entgelt nicht bereit und zum anderen musste der Frachtführer die Verein-

barung eines Palettentausches nicht dahingehend verstehen, dass dieser für ihn mit einem erheblichen finanziellen Risiko verbunden ist. Wäre eine solche Überbürdung des Tauschrisikos ausdrücklich vereinbart worden, wäre sie zumindest im Rahmen von Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) unwirksam (so zuletzt OLG Celle, Urteil vom 22.09.2005, Aktenzeichen 11 U 70/03). Um dem Frachtführer dieses Tauschrisiko zu nehmen, trifft mithin dessen Auftraggeber die Verpflichtung dafür zu sorgen, dass der Empfänger zur Herausgabe der Leerpaletten vertraglich verpflichtet wird. Ist der Auftraggeber der Absender, so kann er dies im Rahmen des zwischen ihm und dem Empfänger bestehenden Vertrages tun. Ist der Auftraggeber nur Zwischenspediteur und steht daher selbst auch nicht mit dem Empfänger in einer vertraglichen Beziehung, so muss er mit seinem eigenen Auftraggeber, dem Absender, vertraglich vereinbaren, dass dieser – der ja einen Vertrag mit dem Empfänger hat – den Empfänger im Rahmen des mit diesem bestehenden Vertrages entsprechend verpflichtet.

Allerdings muss der Frachtführer in dieser Situation, in der er beim Empfänger keine Leerpaletten zurückerhält, auf Folgendes achten: Eine Ablieferung der Ware an den Empfänger ohne Herausgabe von Leerpaletten durch diesen stellt den Auftraggeber des Frachtführers schlechter, denn dieser kann – wenn er selbst Absender und damit Vertragspartner des Empfängers ist – keinen Druck mehr auf den Empfänger ausüben, bspw. indem er die Ablieferung von der Herausgabe der Leerpaletten abhängig macht. Deshalb kann in einer solchen Situation das Vorliegen eines Ablieferungshindernisses im Sinne des § 419 Abs. 1 HGB angenommen werden mit der Folge, dass der Frachtführer vom eigenen Auftraggeber Weisungen einzuholen hat. Tut er dies nicht, macht er sich dem Auftragge-

ber gegenüber schadensersatzpflichtig. Eine (unzulässige) Übertragung des Tauschrisikos auf den Frachtführer liegt hierin nicht. Denn gemäß § 418 Abs. 1 S. 4 HGB hat der Frachtführer für den Fall der Ausführung der Weisung einen Anspruch auf Ersatz aller damit verbundenen Aufwendungen. Erteilt bspw. der Auftraggeber die Weisung, die Ware auch ohne Erhalt von Leerpaletten abzuliefern, so steht dem Frachtführer ein Anspruch auf Wertersatz für die beim Empfänger belassenen Paletten zu. Wird der Frachtführer vom Auftraggeber angewiesen die Paletten beim Empfänger später abzuholen, steht dem Frachtführer als Aufwendungsersatz ein angemessener Geldbetrag für diese zusätzliche Beförderung zu.

Zusammenfassung

- Die Klausel „Palettentausch“ bedeutet die Pflicht des Frachtführers zur Anlieferung von eigenen Leerpaletten an der Beladestelle und zur Rücknahme von Leerpaletten des Empfängers an der Entladestelle.
- Kommt der Frachtführer dieser Pflicht nicht nach, so macht er sich gegenüber seinem Auftraggeber in aller Regel schadensersatzpflichtig.
- Unterblieb der Tausch an der Entladestelle jedoch allein deshalb, weil der Empfänger der Ware nicht zur Herausgabe von Leerpaletten bereit war, so trägt dieses Tauschrisiko nicht der Frachtführer; er hat jedoch in dieser Situation Weisungen des Auftraggebers einzuholen und unter den allgemeinen Voraussetzungen (§ 418 Abs. 1 S. 3 HGB) zu befolgen, wofür ihm dann ein Aufwendungsersatzanspruch zusteht.